

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zwischengeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Frankreich will bereits seine Reparationsforderungen mobilisieren.

Paris, 2. Februar. Die Abgeordneten Aubriot, Levasseur, Regier und Barthelemy haben einen Gesetzentwurf eingebracht zwecks unverzüglicher Mobilisierung der französischen Schuldforderungen an Deutschland. Dieser Entwurf sieht die Ausgabe von Wechseln der Bank von Frankreich auf die deutsche Schuld bis zur Höhe von 150 Milliarden vor, die nach und nach je nach Bedarf ausgegeben werden sollen. Diese Emission ist in erster Linie für die Wiederaufbauarbeiten in den verwüsteten Gebieten, für die Ablösung von Baus der nationalen Verteidigung und für eine beträchtliche Amortisation der französischen Renten, wodurch der Anleihemarkt für französische Staatsanleihen wieder eröffnet werden soll, zu verwenden.

Zum selben Thema schreibt der Temps: Frankreich müsse schon in diesem Jahre ein beträchtliches Kapital finden. Mit einer einfachen deutschen Jahreszahlung sei ihm nicht gedient. Selbst wenn die Exportsteuer sofort eine Milliarde oder 1 1/2 Milliarde Goldmark ergeben würde, würde Frankreich zusätzlich der zwei Milliarden Annuitäten nur eine Summe erhalten, die beträchtlich geringer sei als die 16 Milliarden Franken, die sein Budget erfordere. Man müsse also schon von diesem Jahre ab einen Teil der Summen, die in den nächsten Jahren zahlbar seien, stützen machen, mit andern Worten, man müsse eine Serie ausländischer Anleihen vorbereiten, die als Sicherheit die von Deutschland verlangten Zahlungen hätten, und die dem französischen Staat im voraus das Geld verschaffen, das er nötig habe. Auf die Frage, wie man dieses Hauptproblem lösen könne, meint das Blatt: Deutschland könne selbst Anleihen ausgeben, die durch die Annuitäten gedeckt würden und die zu einem Teil dazu dienen könnten, Frankreich im voraus zu bezahlen. Um auf die deutschen Jahreszahlungen Geld zu leisten, müßten in erster Linie die eventuellen Geleihen die Aussicht haben, daß sie pünktlich ihre Zinsen und ihre Amortisierung bekämen. Um dies sicherzustellen, gäbe es nur zwei Möglichkeiten: entweder die deutsche Regierung zeige sich entschlossen, die vorgesehenen Annuitäten zu bezahlen und fähig, seine Finanzen zu reorganisieren, oder die Alliierten leisteten Garantie, daß sie Deutschland zur Zahlung brächten, sei es durch Zwang oder durch Reformierung seiner Finanzen, wenn es widerspenstig und zahlungsunfähig sei.

Französische Verstimmung über die Abreise Bergmanns.

Paris, 3. Februar. (T.-U.) Die Agence Journaler meldet: Ueber die Abreise Bergmanns von Paris ist man verstimmt, da die Beratungen der Sachverständigen unterbrochen und bis März verschoben werden müssen. Man betrachtet hier die Abreise als den Anfang einer Sabotierung der Pariser Entscheidungen.

Verfassungsbrüche des bayerischen Justizministers.

München, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der gestrigen Landtagssitzung wurde die Interpellation der USPD über die Maßregelung von Beamten mit sozialistischer Gesinnung behandelt. Genosse Carels führte eine Anzahl Fälle an, in denen Schulleute, Gefängniswärter und Lehrer aus dem Dienst entlassen wurden, weil sie Mitglieder der USPD waren oder sonst sozialistische Gesinnung bekundet hatten. Drei Regierungsvortreter und der Justizminister Roth antworteten auf die schweren Beschuldigungen unseres Genossen. Ihre langen gewundenen Erklärungen waren letzten Endes nichts anderes, als die Bestätigung der vorgebrachten Beschwerden, daß die bayerische Regierung, entgegen den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung und der bayerischen Verfassung, die den Beamten Freiheit der politischen Gesinnung garantieren, die Beamten dieses Rechtes beraubt und damit in wiederholten Fällen die Verfassung gebrochen hat. Der deutsche nationale Justizminister Roth stand unter stürmischer Zustimmung der bürgerlichen Parteien, daß in Bayern ein Mitglied der USPD nicht Gefängniswärter sein könne und daß er einen Aufseher ausdrücklich wegen seiner Zugehörigkeit zur USPD gemahregelt habe. — Die bayerische Reaktion fühlt sich so stark, daß sie ihre Verfassungsbrüche nicht einmal mit einem Schein des Rechts bekleidet, sondern sich frech vor aller Öffentlichkeit damit brüsst. Und der bayerische Justizminister, dessen Pflicht es ist, über Recht und Gesetz zu wachen, hat dabei die Führung!

Das bayerische Regierungsblatt gegen die Auflösung der Einwohnerwehren.

München, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der bayerischen Staatszeitung, dem offiziellen Organ der bayerischen Regierung, schreibt Herr Rechsberg, der Verfasser der Ludendorff-Denkchrift für ein gemeinsames Vorgehen Deutschlands und der Entente gegen Rußland, bei der Bepfändung der Pariser Beschlüsse: „Die französische Politik, so wie sie jetzt orientiert ist, treibt nicht nur das übrige Europa, sondern auch Frankreich selbst in die Gewalt der Moskauer Regierung, unter deren

würgenden Händen alles ersticken wird, was die Kulturoffiziere Europas als ihre heiligsten Erzeugnisse ansehen. Angesichts dieser Lage scheint es zweifellos richtig, daß das bayerische Volk auch gegenüber den neuen Pariser Forderungen nach Auflösung der Einwohnerwehren nicht nachgibt.

Jetzt wird es aber die höchste Zeit, daß sich die Reichsregierung zu einem energischen Eingreifen gegen dieses verbrecherische Treiben aufrafft. Die Sabotage der früheren Beschlüsse über die Auflösung der sogenannten Selbstschutzzugorganisationen hat wesentlich mit dazu beigetragen, daß Deutschland jetzt die neuen schweren Bedingungen auferlegt werden sollen. Das Weiterbestehen der monarchistisch orientierten, reaktionären bürgerlichen Kampforganisationen gefährdet nicht nur den Bestand der deutschen Republik, sondern stürt auch das deutsche Volk vor die Gefahr in neue außenpolitische Konflikte. Deshalb muß energisch verlangt werden, daß die Regierung jetzt endlich dem frevelhaften Spiel mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes ein Ende macht.

Putschpläne der Kommunisten?

Berlin, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Magdeburger Polizeipräsidium teilt mit: Die Behörden in Stendal und Magdeburg sind kommunistischen Putschplänen auf die Spur gekommen. Es handelt sich dabei um einen Putsch, der in den nächsten Tagen in Stendal vor sich gehen sollte. Durch die Ermittlungen ist eine Reihe von Personen in Stendal belastet worden, so daß ihre Verhaftung angeordnet wurde. Die Spuren führten auch zu dem Magdeburger Kommunistenführer Vater, dessen Verhaftung ebenfalls erfolgte, weil sich bei der Durchsicherung des Bureaus der kommunistischen Partei belastendes Material vorfand. Das Vorgehen beruht auf der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920, die die Organisierung militärischer Verbände unter schwere Strafen stellt.

Ausbreitungen in einem Lazarett.

Berlin, 3. Februar. In dem Versorgungs-Lazarett Ziegel kam es zu schweren Ausbreitungen der Infassen gegen den Chefarzt Dr. Saar. Als Dr. Saar die Ausstellungen von Freiarten als unmöglich bezeichnete, drangen etwa 60 Patienten auf ihn ein. Der Arzt mußte auf die Straße flüchten. Das Hauptversorgungsamt hat das Lazarett von Polizei besetzen lassen und beschloffen, es aufzulösen. Von den 260 Infassen werden 80 in andere Heilanstalten übergeführt; der Rest wird entlassen werden.

Verhinderte Waffenverschiebung.

Königsberg, 3. Februar. In Stalupönen wurden zwei Kraftwagen mit Gewehren und Munition beschlagnahmt, die anscheinend nach dem Auslande verschoben werden sollten. Die Waffen wurden der Reichstreuband-Gesellschaft überwiesen.

Konferenz der österreichischen Nachfolgestaaten.

Berlin, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie aus Rom berichtet wird, wird die Konferenz der österreichischen Nachfolgestaaten auf italienischem Boden auf italienischem Boden in Porto Rosa bei Triest stattfinden, und zwar unter Vorsitz eines italienischen Delegierten. Gleichfalls auf italienischem Boden soll dort jede politische Debatte ausgeschaltet werden.

Die russischen Genossenschaften als staatliche Organe.

Ein Dekret des Rates der Volkskommissare regelt die Finanzierung der Konsumgenossenschaften, die nach dem Wirtschaftsplan der Sowjetregierung als staatliche Verteilungsorgane zu fungieren haben. Die Genossenschaften erhalten vom Staate Geldmittel sowohl als Umlaufkapital, wie auch zur Bekleidung der Organisationskosten. Die Genossenschaften erhalten die Bedarfsartikel vom Staate und sind verpflichtet, sie an die Bevölkerung zu liefern, für das Gesamtgebiet der föderativen Sowjetrepublik einheitlichen Preisen abzuleiten. Sie haben das Recht, für den Transport der Waren die Transportmittel der Bevölkerung auf dem Wege der Zwangsarbeit in Anspruch zu nehmen.

Schweres Grubenunglück.

Berlin, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Auf dem Kalischacht der Gewerkschaft Ziberkedi bei Leopoldsdahl ereignete sich heute morgen ein schweres Grubenunglück. Als die Frischluft einfahren wollte, krümmten ihr plötzlich Gase entgegen, die sich entzündeten. Ein Teil der Belegschaft wurde dadurch getötet. Sofort wurden Rettungsmassnahmen eingeleitet. Bis 3 Uhr nachmittags waren 10 Tote geborgen, ferner 12 Schwerverletzte, die gefährliche Brandwunden erlitten hatten, und 15 leichter Verletzte. 23 Schacht befinden sich noch 9 Leute.

Deßliche und weltliche Revolutionen.

Von Otto Jensen.
III.

Es hängt nicht nur vom Willen des Proletariats ab, welche Rolle die Diktatur spielt. Die Bourgeoisie kann durch ihr Verhalten die Klassengegenstände so verschärfen, daß eine Diktatur proletarischer Klassenorganisationen notwendig wird. Die Demokratie durch die Sabotage der Bourgeoisie vernichtet, wird ersetzt durch die Diktatur von Arbeiterräten, Gewerkschaften und andern Arbeiterorganisationen.

In Deutschland ist dank dem junkerlichen Geist, der die Kapitalistenklasse besetzt, die Möglichkeit einer solchen Diktatur gegeben. Doch birgt diese Entwicklung bei der heutigen wirtschaftlichen Lage große ökonomische Gefahren, so daß die Arbeiterklasse kein Interesse daran hat, sie künstlich zu forcieren. Putsch und Gewaltakte der Militärs und des Bürgertums können uns aber in die Zwangslage versetzen, diese Diktatur errichten zu müssen.

Diese Bedeutung der Diktatur im Kampf des deutschen Proletariats spiegelt ebenfalls die Zwischenstellung Deutschlands zwischen Rußland und England. Letzteres wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, den westlichen Typus der sozialen Revolution entwickeln. Nicht belastet mit feudalen Traditionen, ohne eine jahrelange Bauernschaft, industriell hoch entwickelt, besitzt England ein Bürgertum, das es bisher verstanden hat, durch rechtzeitige Reformen den revolutionären Willen der Arbeiterklasse einzuschläfern, oder durch geschickte Zugeständnisse an einzelne Gruppen und Berufe die Einseitigkeit der proletarischen Bewegung zu schwächen.

Das Ende des industriellen Weltmonopols Englands, der Krieg und die Erschütterung des englischen Wirtschaftslebens, die drohende Konkurrenz durch die schlechtbezahlten Arbeiter Mittel- und anderer Staaten mit schlechter Wafuta, die allgemeine Teuerung haben auch in England die politischen Gegensätze verschärft. Der Gildensozialismus, das Streben nach industrieller Selbstverwaltung unter starker Mitwirkung der Gewerkschaften ist der Ausdruck der Unzufriedenheit der Massen. Auch die Bildung einer kommunistischen Partei, die soeben durch die Verschmelzung verschiedener kleiner Organisationen vollzogen wurde, ist ein Zeugnis für die Radikalisierung der Massen. Ueber diesen englischen radikalen Kommunismus bringt Lenin interessante Mitteilungen in seiner neuesten Broschüre. Er gibt dort auch die ökonomischen Unterschiede zwischen England und Rußland an, erwartet aber trotzdem nach vorübergehender Herrschaft der Arbeiterpartei eine Diktatur der Kommunisten. Wir werden auf diese Frage noch in anderem Zusammenhang zurückkommen. Hier sei nur bemerkt, daß gerade in diesen Parteien Lenin zu sehr die russischen Erfahrungen verallgemeinert.

Es ist nicht die marxistische Theorie, die das Denken der fortgeschrittensten Schichten der angelsächsischen Arbeiterklasse beherrscht, aber die Logik der Tatsachen drängt die Arbeiterklasse auf den Weg des Sozialismus. Das zeigt deutlich ein Rückblick auf die Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung von 1910 bis 1920. M. Beer gibt in seiner Schrift** eine gut unterrichtete, wenn auch etwas farblose Darstellung dieser Entwicklung und ergänzt die Mitteilungen Bauers über den Gildensozialismus. Das bedingt auch eine Verschärfung der Klassengegenstände und wird die Taktik der herrschenden Klasse ändern. Auch englische Regierungen können Gewalt anwenden gegen das Proletariat, wie die Geschichte des Chartismus und die jetzigen Vorgänge in Irland beweisen. Heute aber, nach so lange demokratischer politischer Entwicklung bei einer stark organisierten Arbeiterklasse wie es jeder britischen Regierung äußerst schwer werden, längere Zeit mit Mitteln der Gewalt die englische Arbeiterklasse niederzuhalten.

Der Charakter der englischen sozialen Revolution wird ein ganz anderer sein, als der der russischen. Sie muß eine proletarische Revolution sein, die nach den Worten von Marx sich ständig kritisiert, die langsamer vorschreitet als die bürgerliche Revolution, der erwiesenermaßen nach all den dramatischen Effekten der Ragenjammer folgt, wenn man die gesellschaftlichen Ergebnisse mit der aufgewandten Volkskraft vergleicht. Wie im einzelnen diese Revolution verläuft, welche Kampfmittel sie anwenden wird, können wir heute noch nicht sagen, es steht aber fest, daß die russische Revolution zu ihrem Teil anfeuernd auf das englische Proletariat gewirkt hat. Erfahrungen des russischen Proletariats, das in modernen Großbetrieben beschäftigt war, politischer Streik, besonders der Eisenbahner, Zusammenwirken der Arbeiterklasse der verschiedenen Berufe usw. werden in England selbstverständlich beherrzigt werden müssen. Die russischen Erfahrungen zeigen

* M. Lenin: Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus. Herausgegeben vom westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale (Kommissionsverlag: Franke Verlag, G. m. b. H., Leipzig).

** M. Beer: Der britische Sozialismus der Gegenwart. Stuttgart, Verlag von J. F. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. 1920. 48 S.